Entwurf

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die Sonderkreditinstitute-Meldeverordnung erlassen wird, die Betriebliche Vorsorgekassen-Quartalsausweisverordnung, die Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweis-Verordnung, die Jahres- und Konzernabschluss-Verordnung und die Stammdatenmeldeverordnung 2016 geändert werden und die Sonderkreditinstitute-Eigenmittelmeldeverordnung aufgehoben wird

Artikel 1

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die von Sonderkreditinstituten der FMA vorzulegenden Meldungen (Sonderkreditinstitute-Meldeverordnung – SK-MV)

Auf Grund des § 44 Abs. 1 in Verbindung mit § 44 Abs. 7 und des § 74 Abs. 1 in Verbindung mit § 74 Abs. 6 des Bankwesengesetzes – BWG, BGBl. Nr. 532/1993, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 46/2019, sowie des § 39 Abs. 3 des Betrieblichen Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetzes – BMSVG, BGBl. I Nr. 100/2002, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 62/2019 wird – betreffend § 74 Abs. 1 in Verbindung mit § 74 Abs. 6 BWG und § 39 Abs. 3 BMSVG mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen – verordnet:

Anwendungsbereich

§ 1. Diese Verordnung gilt für folgende Sonderkreditinstitute:

1. Verwaltungsgesellschaften gemäß § 5 InvFG 2011 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Z 13 BWG;
2. Kapitalanlagegesellschaften für Immobilien gemäß § 2 Abs. 1 ImmoInvFG in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Z 13a BWG;
3. Betriebliche Vorsorgekassen gemäß § 18 Abs. 1 BMSVG in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Z 21 BWG.

Verwaltungsgesellschaften und Kapitalanlagegesellschaften für Immobilien

§ 2. Verwaltungsgesellschaften gemäß § 1 Z 1 und Kapitalanlagegesellschaften für Immobilien gemäß § 1 Z 2 haben den Ausweis gemäß der **Anlage 1** zu erstatten.

Betriebliche Vorsorgekassen

§ 3. Betriebliche Vorsorgekassen gemäß § 1 Z 3 haben den Ausweis gemäß **Anlage 2** zu erstatten.

Meldetechnische Bestimmungen

§ 4. (1) Sofern in den Anlagen nicht anders angegeben, sind Beträge in Eurocent und Prozentsätze auf die zweite Kommastelle genau anzugeben. Dabei sind nachfolgende Stellen von eins bis vier abzurunden, von fünf bis neun aufzurunden.

(2) Die Meldungen gemäß den § 2 und § 3 ist-sind in standardisierter Form mittels elektronischer Übermittlung an die Oesterreichische Nationalbank zu erstatten. Die Übermittlung muss bestimmten, von der FMA nach Anhörung der Oesterreichischen Nationalbank bekannt gegebenen Mindestanforderungen entsprechen.

Kommentiert [RJ1]: Achtung: Überprüfen, ob es bis zur Kundmachung neue Novellierungen gibt.

Kommentiert [RJ2]: Achtung: Überprüfen, ob es bis zur Kundmachung neue Novellierungen gibt.

(3) Der Ausweis gemäß den §§ 2 und §-3 ist unverzüglich nach Ablauf eines jeden Kalendervierteljahres, spätestens aber vier Wochen nach dem Meldestichtag, zu übermitteln. Der Inhalt der Meldung umfasst den Betrachtungszeitraum vom 1. Jänner des jeweiligen Kalenderjahres bis inklusive den jeweiligen Meldestichtag.

(4) Der Ausweis gemäß den §§ 2 und §-3 ist auf Basis der Daten des geprüften Jahresabschlusses gemäß § 44 Abs. 1 BWG unverzüglich nach Ablauf des Geschäftsjahres, spätestens aber innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres, zu übermitteln.

Verweise

§ 5. Für Verweise auf Bundesgesetze in dieser Verordnung gilt Folgendes:

1. Soweit auf Bestimmungen des Bankwesengesetzes – BWG, BGBl. Nr. 532/1993, verwiesen wird, ist dieses in der Fassung BGBl. I Nr. 46/2019 anzuwenden;
2. soweit auf Bestimmungen des Investmentfondsgesetzes 2011 – InvFG 2011, BGBl. I Nr. 77/2011, verwiesen wird, ist dieses in der Fassung BGBl. I Nr. 62/2019 anzuwenden;
3. soweit auf Bestimmungen des Immobilien-Investmentfondsgesetzes – ImmoInvFG, BGBl. I Nr. 80/2003, verwiesen wird, ist dieses in der Fassung BGBl. I Nr. 62/2019 anzuwenden;
4. soweit auf Bestimmungen des Betrieblichen Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetzes – BMSVG, BGBl. I Nr. 100/2002, verwiesen wird, ist dieses in der Fassung BGBl. I Nr. 62/2019 anzuwenden.

Kommentiert [RJ3]: Achtung: Überprüfen, ob es bis zur Kundmachung neue Novellierungen gibt.

Kommentiert [RJ4]: Achtung: Überprüfen, ob es bis zur Kundmachung neue Novellierungen gibt.

Kommentiert [RJ5]: Achtung: Überprüfen, ob es bis zur Kundmachung neue Novellierungen gibt.

Kommentiert [RJ6]: Achtung: Überprüfen, ob es bis zur Kundmachung neue Novellierungen gibt.

In- und Außerkrafttreten

§ 6. Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 2022 in Kraft und ist erstmals auf die Meldung zum Stichtag 31. März 2022 anzuwenden. Die Sonderkreditinstitute-Eigenmittelmeldeverordnung – SK-EMV, BGBl. II Nr. 79/2015, geändert durch die Verordnung BGBl. II Nr. 397/2017, tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2021 außer Kraft und ist letztmalig auf Meldungen zum Stichtag 31. Dezember 2021 anzuwenden.

Artikel 2

Änderung der Betrieblichen Vorsorgekassen-Quartalsausweisverordnung

Auf Grund des § 39 Abs. 3 des Betrieblichen Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetzes – BMSVG, BGBl. I Nr. 100/2002, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 62/2019, wird mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen verordnet:

Die Betriebliche Vorsorgekassen-Quartalsausweisverordnung – BVQA-V, BGBl. II Nr. 253/2004, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. II Nr. 435/2013, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 1 wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) Sofern nicht anders angegeben, sind Beträge in Eurocent und Prozentsätze auf die zweite Kommastelle genau anzugeben. Dabei sind nachfolgende Stellen von eins bis vier abzurunden, von fünf bis neun aufzurunden.“

2. § 2 lautet:

„§ 2. Die Quartalsausweise für das Betriebliche Vorsorgekassengeschäft haben je Veranlagungsgemeinschaft gemäß § 30 BMSVG zu enthalten:

1. Angaben zu aggregierten Meldekonzepthen gemäß der **Anlage 1**,
2. Angaben zu Einzelwertpapieren gemäß der **Anlage 2** und
3. Angaben zu durchgerechneten Anteilscheinen von Investmentfonds gemäß § 30 Abs. 2 Z 5 oder Alternativen Investmentfonds gemäß § 30 Abs. 2 Z 5a BMSVG gemäß der **Anlage 3**.“

3. § 3 samt Überschrift entfällt.

4. § 4 lautet:

„§ 4. (1) Bei der Berechnung der Positionen in den **Anlagen 1, 2 und 3** sind die zum Quartalsultimo ermittelten Werte anzusetzen. Dabei sind die Bewertungsregeln des § 31 BMSVG zu beachten.

(2) Abgegrenzte Ertragsansprüche in **Anlagen 1, 2 und 3** sind dem Vermögenswert bzw.–oder der verursachenden Veranlagungskategorie hinzuzurechnen.

Kommentiert [RJ7]: Achtung: Überprüfen, ob es bis zur Kundmachung neue Novellierungen gibt.

(3) In den **Anlagen 1, 2 und 3** sind Kurssicherungsgeschäfte zur Absicherung von Währungsrisiken (§ 30 Abs. 5 BMSVG) und andere Kurssicherungsgeschäfte zur Absicherung (§ 35 Abs. 2 BMSVG) in die Positionen des § 30 Abs. 2 BMSVG einzurechnen, zu deren Sicherung sie abgeschlossen werden. Derivative Produkte sind als Basiswert nach den Modalitäten des Commitment-Ansatzes gemäß des 3. Hauptstücks der 4. Derivate-Risikoberechnungs- und Meldeverordnung – 4. DeRiMV, BGBl. II Nr. 266/2011, unter Berücksichtigung der Kassenposition aus dem Derivat anzugeben.“

5. Dem § 5 wird folgender Abs. 7 angefügt:

„(7) § 1 Abs. 4, § 2 und § 4 sowie die **Anlagen 1, 2 und 3** in der Fassung der Verordnung BGBl. II Nr. XXX/2021 treten mit 1. Jänner 2022 in Kraft und sind erstmals auf den Quartalsausweis zum 31. März 2022 anzuwenden. § 3 samt Überschrift sowie die **Anlagen 4, 5, 6, 7 und 8** treten mit Ablauf des 31. Dezember 2022 außer Kraft und sind letztmals auf den Quartalsausweis zum 31. Dezember 2021 anzuwenden.“

6. Die **Anlagen 1, 2 und 3** lauten: (siehe Anlagen)

7. Die **Anlagen 4 bis 8** entfallen.

Artikel 3

Änderung der Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweis-Verordnung

Auf Grund des § 74 Abs. 1 in Verbindung mit § 74 Abs. 6 des Bankwesengesetzes – BWG, BGBl. Nr. 532/1993, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 46/2019, wird mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen verordnet:

Die Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweis-Verordnung – VERA-V, BGBl. II Nr. 471/2006, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. II Nr. 328/2020, wird wie folgt geändert:

1. § 5 Abs. 1 Z 4 lautet:

„4. **Anlage A3g**, wobei eine Beschwerde im Sinne der **Anlage A3g** jede Äußerung der Unzufriedenheit ist, die eine natürliche oder juristische Person im Zusammenhang mit der Erbringung

- a) einer Bankdienstleistung gemäß § 1 Abs. 1 BWG, mit Ausnahme der Bankgeschäfte gemäß § 1 Abs. 1 Z 13, Z 13a und Z 21 BWG,
- b) einer Wertpapierdienstleistung gemäß § 1 Z 3 des Wertpapieraufsichtsgesetzes 2018 – WAG 2018, BGBl. I Nr. 107/2017,
- d) eines Zahlungsdienstes gemäß § 4 Z 3 des Zahlungsdienstegesetzes 2018 – ZaDiG 2018, BGBl. I Nr. 17/2018,
- e) der Ausstellung von E-Geld gemäß § 1 Abs. 1 des E-Geldgesetzes 2010, BGBl. I Nr. 107/2010, an ein gemäß dieser Ziffer meldendes Kreditinstitut richtet.“

2. Dem § 14a wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Auf Kreditinstitute, die zur Erbringung von Bankgeschäften gemäß § 1 Abs. 1 Z 13, Z 13a oder Z 21 BWG berechtigt sind, ~~findet ist~~ diese Verordnung ~~nicht anzuwenden~~ keine Anwendung.“

3. Dem § 17 wird folgender Abs. 20 angefügt:

„(20) § 5 Abs. 1 Z 4 und § 14a Abs. 3 in der Fassung der Verordnung BGBl. II Nr. XXX/2021 treten mit 1. Jänner 2022 in Kraft und sind erstmals auf Meldungen anwendbar, deren Meldestichtage nach dem 31. Dezember 2021 liegen.“

Artikel 4

Änderung der Jahres- und Konzernabschluss-Verordnung

Auf Grund des § 44 Abs. 1 und 5 in Verbindung mit § 44 Abs. 7 sowie des § 74 Abs. 1 in Verbindung mit § 74 Abs. 6 des Bankwesengesetzes – BWG, BGBl. Nr. 532/1993, zuletzt geändert durch das

Kommentiert [RJ8]: Achtung: Überprüfen, ob es bis zur Kundmachung neue Novellierungen gibt.

Bundesgesetz BGBl. I Nr. 46/2019, wird – betreffend § 74 Abs. 1 in Verbindung mit § 74 Abs. 6 BWG mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen – verordnet:

Kommentiert [RJ9]: Achtung: Überprüfen, ob es bis zur Kundmachung neue Novellierungen gibt.

Die Jahres- und Konzernabschluss-Verordnung – JKAB-V, BGBl. II Nr. 470/2006, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. II Nr. 328/2020, wird wie folgt geändert:

1. § 3 entfällt.

2. § 6a erhält die Absatzbezeichnung „(1)“ und es wird folgender Abs. 2 angefügt:

„(2) Auf Kreditinstitute, die zur Erbringung von Bankgeschäften gemäß § 1 Abs. 1 Z 13, Z 13a oder Z 21 BWG berechtigt sind, ~~findet ist~~ diese Verordnung ~~nicht anzuwendenkeine Anwendung~~.“

3. Dem § 8 wird folgender Abs. 9 angefügt:

„(9) § 6a in der Fassung der Verordnung BGBl. II Nr. XXX/2021 tritt mit 1. Jänner 2022 in Kraft und ist erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2021 enden. § 3 und die **Anlage A3** treten mit Ablauf des 31. Dezember 2022 außer Kraft und sind letztmalig auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am 31. Dezember 2021 enden.“

4. Die **Anlage A3** entfällt.

Artikel 5

Änderung der Stammdatenmelldungsverordnung 2016

Auf Grund des § 74 Abs. 2 ~~und in Verbindung mit § 74 Abs. 6~~ des Bankwesengesetzes – BWG, BGBl. Nr. 532/1993, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 46/2019, wird mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen verordnet:

Kommentiert [RJ10]: Achtung: Überprüfen, ob es bis zur Kundmachung neue Novellierungen gibt.

Die Stammdatenmelldungsverordnung 2016 – StDMV 2016, BGBl. II Nr. 371/2016, geändert durch die Verordnung BGBl. II Nr. 39/2020, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 2 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Auf Kreditinstitute, die zur Erbringung von Bankgeschäften gemäß § 1 Abs. 1 Z 13, Z 13a oder Z 21 BWG berechtigt sind, ~~findet ist~~ diese Verordnung ~~nicht anzuwendenkeine Anwendung~~.“

2. Dem § 11 wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) § 2 Abs. 3 in der Fassung der Verordnung BGBl. II Nr. XXX/2021 tritt mit 1. Jänner 2022 in Kraft und ist auf Veränderungen der Stammdaten anzuwenden, die ab dem 1. Jänner 2022 wirksam werden. Kreditinstitute, die zur Erbringung von Bankgeschäften gemäß § 1 Abs. 1 Z 13, Z 13a oder Z 21 BWG berechtigt sind, haben die Bestätigung der Stammdaten gemäß § 7 letztmalig für das zweite Kalenderhalbjahr 2021 zu erstatten.“

Begründung

Allgemeiner Teil

Allgemeines:

Mit der gegenständlichen Sammelnovelle werden die Verordnungsermächtigungen gemäß § 44 Abs. 1 und 5 in Verbindung mit § 44 Abs. 7 sowie mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen gemäß § 74 Abs. 1 und 2 in Verbindung mit § 74 Abs. 6 und § 74 Abs. 2 und 6 des Bankwesengesetzes – BWG, BGBl. Nr. 532/1993, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 46/2019, ausgeübt. Darüber hinaus wird mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen die Verordnungsermächtigung gemäß § 39 Abs. 3 des Betrieblichen Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetzes – BMSVG, BGBl. I Nr. 100/2002, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 62/2019, ausgeübt.

Durch die gegenständliche Sammelnovelle wird das Meldewesen im Bereich der Kreditinstitute, die Bankgeschäfte gemäß § 1 Abs. 1 Z 13 (Investmentgeschäft), Z 13a (Immobilienfondsgeschäft) oder Z 21 BWG (Betriebliches Vorsorgekassengeschäft) betreiben, neu geregelt. Ziel der Sammelnovelle ist es hierbei die Meldestruktur zu vereinfachen (z.B.: Entfall redundanter Meldungen, Entfall von Meldefeldern, die zu systematischen Leermeldungen führten, etc.) und gleichzeitig die datengestützte risikobasierte Aufsicht zu stärken. Zu diesem Zweck werden die genannten Sonderkreditinstitute vom Anwendungsbereich der Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweis-Verordnung – VERA-V, BGBl. II Nr. 471/2006, der Jahres- und Konzernabschluss-Verordnung – JKAB-V, BGBl. II Nr. 470/2006, und der Stammdatenmeldeverordnung 2016 – StDMV 2016, BGBl. II Nr. 371/2016, ausgenommen. Im Gegenzug wird mit der Sonderkreditinstitute-Meldeverordnung – SK-MV, eine auf das Geschäftsmodell der betroffenen Institute abgestimmte neue Meldeverordnung geschaffen. Darüber hinaus werden die Anlagen der Betrieblichen Vorsorgekassen-Quartalsausweisverordnung – BVQA-V, BGBl. II Nr. 253/2004, grundlegend überarbeitet und von bisher acht Anlagen auf drei reduziert. Neben den geänderten Anlagen entfallen in der BVQA-V die Meldeverpflichtungen zum Zukunftsvorsorgegeschäft und es werden Präzisierungen der meldetechnischen Bestimmungen vorgenommen. Durch die Änderungen in den Meldebestimmungen kann die Sonderkreditinstitute-Eigenmittelmeldeverordnung – SK-EMV, BGBl. II Nr. 79/2015, aufgehoben werden.

Kommentiert [RJ11]: Achtung: Überprüfen, ob es bis zur Kundmachung neue Novellierungen gibt.

Kommentiert [RJ12]: Achtung: Überprüfen, ob es bis zur Kundmachung neue Novellierungen gibt.

Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Sonderkreditinstitute-Meldeverordnung)

Zu § 1:

§ 1 legt den Anwendungsbereich der SK-MV fest und entspricht § 1 SK-EMV. Erfasst werden demnach Kreditinstitute, die Bankgeschäfte gemäß § 1 Abs. 1 Z 13 (Investmentgeschäft), Z 13a (Immobilienfondsgeschäft) oder Z 21 BWG (Betriebliches Vorsorgekassengeschäft) betreiben. Diese waren bisher in das Meldewesen für Kreditinstitute, welche das Einlagen- und Kreditgeschäft betreiben, eingebunden. Im Rahmen der Aufsichtserfahrung der vergangenen Jahre hat sich gezeigt, dass dieses Melderegime für das Geschäftsmodell dieser sogenannten Sonderkreditinstitute nur eingeschränkt geeignet ist. Wesentlich hierbei ist festzustellen, dass diese Sonderkreditinstitute gemäß ihrer Konzession laut BWG ausschließlich zur Verwaltung von Investmentfonds nach dem Investmentfondsgesetz 2011 – InvFG 2011, BGBl. I Nr. 77/2011, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 62/2019, von Immobilienfonds nach dem Immobilien-Investmentfondsgesetz – ImmoInvFG, BGBl. I Nr. 80/2003, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 62/2019, und zur Hereinnahme und Veranlagung von Abfertigungsbeiträgen und Selbständigenvorsorgebeiträgen (Betriebliches Vorsorgekassengeschäft) in entsprechenden Veranlagungsgemeinschaften befugt sind. Der Konzessionsumfang ist daher im Vergleich zu Kreditinstituten, welche das Einlagen- und Kreditgeschäft betreiben, stark eingeschränkt. Um ein dem Geschäftsmodell entsprechendes proportionales Meldewesen aufzusetzen, werden die aufsichtlichen Meldeverpflichtungen durch die gegenständliche Novelle grundlegend überarbeitet. Durch die neue Struktur wird die Aussagekraft der Meldungen erhöht, werden Redundanzen beseitigt und wird die Effizienz des Meldewesens gesteigert. Durch die Neustrukturierung bzw. die effizientere Gestaltung des Meldewesens stärkt die FMA durch sie beaufsichtigte Institute, sodass sich diese auch zukünftig im

Kommentiert [RJ13]: Achtung: Überprüfen, ob es bis zur Kundmachung neue Novellierungen gibt.

Kommentiert [RJ14]: Achtung: Überprüfen, ob es bis zur Kundmachung neue Novellierungen gibt.

europäischem Vergleich auf einem Level Playing Field mit Instituten aus anderen Mitgliedsstaaten befinden.

Zu § 2:

Es wird normiert, dass Kreditinstitute, die Bankgeschäfte gemäß § 1 Abs. 1 Z 13 (Investmentgeschäft) oder Z 13a (Immobilienfondsgeschäft) BWG betreiben, Meldungen gemäß der **Anlage 1** zu erstatten haben. Die **Anlage 1** gliedert sich hierbei in drei Abschnitte: bilanzielle Positionen, Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung und sonstige Meldepositionen.

Zu § 3:

Es wird normiert, dass Kreditinstitute, die Bankgeschäfte gemäß § 1 Z 21 BWG (Betriebliches Vorsorgekassengeschäft) betreiben, Meldungen gemäß der **Anlage 2** zu erstatten haben. Die **Anlage 2** gliedert sich hierbei in vier Abschnitte: bilanzielle Positionen, Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung, sonstige Meldepositionen und sonstige Meldepositionen des Betrieblichen Vorsorgekassengeschäfts.

Zu § 4:

In § 4 erfolgt die Festlegung meldetechnischer Bestimmungen. Der Regelungsinhalt des § 4 Abs. 1 umfasst, wie Zahlen- und Prozentangaben im Rahmen der zu erstattenden Meldungen anzugeben und gegebenenfalls zu runden sind.

In § 4 Abs. 2 werden meldetechnische Bestimmungen bezüglich der Form der Übermittlung festgelegt. Es wird festgeschrieben, dass die Meldungen in Form einer standardisierten elektronischen Übermittlung an die OeNB zu **erstattenerfolgen** sind. Die hierzu zu beachtenden Mindestanforderungen sind von der FMA nach Anhörung der OeNB bekannt zu geben. Eine inhaltlich gleichlautende Bestimmung war bereits bisher in § 3 SK-EMV enthalten.

In § 4 Abs. 3 werden meldetechnische Bestimmungen bezüglich der Meldestichtage und Übermittlungsfristen festgelegt. Der nach Ablauf eines jeden Kalendervierteljahres zu erstellende und binnen vier Wochen an die OeNB zu übermittelnde Ausweis hat gemäß § 4 Abs. 3 nicht nur die Daten des vorangegangenen Kalendervierteljahres zu umfassen, sondern den Betrachtungszeitraum ab 1. Jänner des laufenden Kalenderjahres bis inklusive den jeweiligen Meldestichtag abzubilden. Bezüglich des Ausweises auf Basis der Daten des geprüften Jahresabschlusses bestimmt § 4 Abs. 4, dass dieser unverzüglich nach Ablauf des Geschäftsjahres binnen sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres zu übermitteln ist.

Zu § 5:

In § 5 erfolgt zur leichteren Lesbarkeit des Verordnungstextes gebündelt eine Langzitation bezüglich der im Rahmen der Verordnung verwiesenen Bundesgesetze.

Zu § 6:

Inkrafttretensbestimmung.

Zu den Anlagen:

Anlage 1 spezifiziert die Meldungen von Kreditinstituten, die Bankgeschäfte gemäß § 1 Abs. 1 Z 13 (Investmentgeschäft) und Z 13a (Immobilienfondsgeschäft) betreiben. **Anlage 2** spezifiziert die Meldungen von Kreditinstituten, die Bankgeschäfte gemäß Z 21 BWG (Betriebliches Vorsorgekassengeschäft) betreiben.

Beide Anlagen umfassen in den Abschnitten A bis C bilanziellen Positionen, Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung und sonstige Meldepositionen. Die Meldeinhalte der Abschnitte A bis C bilden soweit notwendig derzeit bestehende Meldeverpflichtungen der VERA-V, JKAB-V und der SK-EMV ab. Im Gegenzug erfolgt eine Ausnahme der gemäß SK-MV meldepflichtigen Institute von den genannten Verordnungen. Abschnitt C der **Anlage 1** umfasst Angaben zu sonstigen Meldepositionen, insbesondere den Eigenmitteln, den fixen Gemeinkosten, sowie den verwalteten Fondsvolumina, auf deren Basis die Einhaltung der § 6 Abs. 2 Z 5 und § 8 InvFG 2011 sowie der § 3 Abs. 4a Z 2 und § 5 Abs. 1 Z 5 BWG geprüft wird. Abschnitt C der **Anlage 2** umfasst Angaben zu sonstigen Meldepositionen, insbesondere den Eigenmitteln und den fixen Gemeinkosten, auf deren Basis die Einhaltung der § 20 BMSVG und § 3 Abs. 7 lit. a und d BWG geprüft wird.

Abschnitt D der **Anlage 2** enthält spezifische Meldepositionen des Betrieblichen Vorsorgekassengeschäfts gemäß § 39 Abs. 3 BMSVG, welche bisher in **der Anlage 1** der BVQA-V enthalten waren. Im Rahmen der Neustrukturierung des Meldewesens für Sonderkreditinstitute wurde die bisher geltende **Anlage 1** der BVQA-V, in der Fassung BGBl. II Nr. 435/2013, inhaltlich aufgeteilt. Die institutsspezifischen Meldeinhalte finden sich nun in **der Anlage 2** der SK-MV, Meldeinhalte zu spezifischen Meldepositionen

der Veranlagungsgemeinschaft der verwaltenden Betrieblichen Vorsorgekassen sind im Rahmen der BVQA-V zu melden.

Zu Artikel 2 (Änderung der Betrieblichen Vorsorgekassen-Quartalsausweisverordnung)

Zu Z 1 (§ 1 Abs. 4):

In § 1 Abs. 4 erfolgt die Festlegung meldetechnischer Bestimmungen. Der Regelungsinhalt umfasst, wie Zahlen- und Prozentangaben im Rahmen der zu erstattenden Meldungen anzugeben und gegebenenfalls zu runden sind.

Zu Z 2 (§ 2):

In § 2 werden jene Meldeinhalte festgelegt, welche Sonderkreditinstitute, die Bankgeschäfte gemäß § 1 Abs. 1 Z 21 BWG (Betriebliches Vorsorgekassengeschäft) betreiben, im Rahmen der BVQA-V zu übermitteln haben. Hierbei handelt es sich um Angaben zu aggregierten Meldekonzerten (**Anlage 1**), zu Einzelwertpapieren (**Anlage 2**) und zu durchgerechneten Anteilscheinen von Investmentfonds gemäß § 30 Abs. 2 Z 5 bzw. oder Alternativen Investmentfonds gemäß § 30 Abs. 2 Z 5a BMSVG (**Anlage 3**). Alle Angaben beziehen sich hierbei auf die Veranlagungsgemeinschaft.

Zu Z 3 (Entfall des § 3 samt Überschrift):

Die Meldeverpflichtungen im Zusammenhang mit der Erbringung des Zukunftsvorsorgegeschäfts entfallen mangels praktischer Relevanz, da dieses von Betrieblichen Vorsorgekassen nicht erbracht wird. Aufgrund des Entfalls der gegenständlichen Meldebestimmung werden die korrespondierenden **Anlagen 4, 5, 6 und 8** der BVQA-V, in der Fassung BGBl. II Nr. 435/2013, aufgehoben und im Rahmen der **Anlagen 1, 2 und 3** der BVQA-V, in der Fassung der gegenständlichen Sammelnovelle, inhaltlich nicht fortgeschrieben.

Zu Z 4 (§ 4):

§ 4 regelt meldetechnische Bestimmungen zur Berechnung der zu übermittelnden Meldepositionen. ~~Die Bestimmungen zur Berechnung~~ In § 4 Abs. 1 und 2 werden Folgeanpassungen, die sich aus der Neustrukturierung der Anlagen der BVQA-V ergeben, vorgenommen. In § 4 Abs. 3 werden die meldetechnischen Bestimmungen hinsichtlich der Berücksichtigung von Kurssicherungsgeschäften konkretisiert.

Zu Z 5 (§ 5 Abs. 7):

Inkrafttretensbestimmung.

Zu Z 6 (Anlagen 1, 2 und 3):

Durch die Novellierung der BVQA-V wird das Meldeschema effizienter gestaltet und im Sinne einer risikobasierten Aufsicht optimiert. Durch die gegenständliche Sammelnovelle wird der Inhalt der **Anlage 1** der BVQA-V, in der Fassung BGBl. II Nr. 435/2013, bereits durch Abschnitt D der **Anlage 2** der SK-MV abgedeckt. Durch diese Neustrukturierung ist die BVQA-V auf Meldepositionen der Veranlagungsgemeinschaft der verwaltenden Betrieblichen Vorsorgekasse zu reduzieren.

Die **Anlage 1** der BVQA-V, in der Fassung der gegenständlichen Sammelnovelle, umfasst Angaben zu aggregierten Meldekonzerten auf Ebene der Veranlagungsgemeinschaften. Die gemeldeten Werte der **Anlage 1** werden für die Prüfung der Veranlagungsgrenzen gemäß § 30 Abs. 2 und 3; sowie § 31 Abs. 1 BMSVG benötigt.

Die **Anlage 2** der BVQA-V, in der Fassung der gegenständlichen Sammelnovelle, umfasst Angaben zu Einzelwertpapieren. Die gemeldeten Werte der **Anlage 2** werden für die Prüfung der Veranlagungsgrenzen gemäß § 30 Abs. 2 und 3; sowie § 31 Abs. 1 BMSVG benötigt.

Die **Anlage 3** der BVQA-V, in der Fassung der gegenständlichen Sammelnovelle, umfasst die Angaben zu durchgerechneten Anteilscheinen von Investmentfonds gemäß § 30 Abs. 2 Z 5 bzw. oder Alternativen Investmentfonds gemäß § 30 Abs. 2 Z 5a BMSVG und dient der Überprüfung der Voraussetzungen gemäß § 30 Abs. 3 Z 4 BMSVG.

Zu Z 7 (Entfall der Anlagen 4 bis 8):

Die Meldeverpflichtungen im Zusammenhang mit der Erbringung des Zukunftsvorsorgegeschäfts entfallen mangels praktischer Relevanz, da dieses von Betrieblichen Vorsorgekassen nicht erbracht wird. Als Folgeänderung sind die **Anlagen 4 bis 6 und 8** aufzuheben. Inhaltlich wird die **Anlage 7** bereits durch die mit der gegenständlichen Novelle neuen **Anlagen 1 bis 3** abgedeckt, wodurch ein Ausweis mittels einer eigenen Anlage entfallen kann.

Zu Artikel 3 (Änderung der Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweis-Verordnung)

Zu Z 1 (§ 5 Abs. 1 Z 4):

Durch die Novelle BGBl. II Nr. 328/2020 wurden Kreditinstitute, die zur Erbringung von Bankgeschäften gemäß § 1 Abs. 1 Z 13, Z 13a oder Z 21 BWG berechtigt sind, von der Übermittlung des Risikoausweises gemäß der **Anlage A3g** ausgenommen. Mit der gegenständlichen Sammelnovelle werden die genannten Kreditinstitute generell vom Anwendungsbereich der VERA-V ausgenommen. Aus diesem Grund ist die durch BGBl. II Nr. 328/2020 vorgesehene spezielle Ausnahmebestimmung in § 5 Abs. 1 Z 4 redundant und wird folglich gestrichen.

Zu Z 2 (§ 14a Abs. 3):

Kreditinstitute, die zur Erbringung von Bankgeschäften gemäß § 1 Abs. 1 Z 13, Z 13a oder Z 21 BWG berechtigt sind, werden vom Anwendungsbereich der VERA-V ausgenommen. Die für die Beaufsichtigung dieser Sonderkreditinstitute erforderlichen Meldeinhalte der bestehenden VERA-V umfassen die Angaben zu den Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung. Diese werden zukünftig inhaltlich gemäß den §§ 2 und § 3 SK-MV in den **Anlagen 1 und 2** der SK-MV abgedeckt.

Zu Z 3 (§ 17 Abs. 20):

Inkrafttretensbestimmung.

Zu Artikel 4 (Änderung der Jahres- und Konzernabschluss-Verordnung)

Zu Z 1 (Zum Entfall des § 3):

§ 3 JKAB-V regelt die Meldepflichten im Rahmen der JKAB-V bezüglich Kreditinstituten, die zur Erbringung von Bankgeschäften gemäß § 1 Abs. 1 Z 21 BWG berechtigt sind. Durch die gegenständliche Sammelnovelle werden Kreditinstitute, die das Betriebliche Vorsorgekassengeschäft betreiben, gänzlich von der JKAB-V ausgenommen. Aus diesem Grund ist ebenfalls die mit § 3 korrespondierende **Anlage A3** der JKAB-V aufzuheben. Die für die Beaufsichtigung dieser Sonderkreditinstitute erforderlichen Meldeinhalte, welche bisher im Rahmen der JKAB-V erhoben wurden, sind zukünftig Teil der **Anlage 2** der SK-MV. Diese Angaben umfassen bilanzielle Positionen, Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung, sonstige Meldepositionen sowie sonstige Meldepositionen des Betrieblichen Vorsorgekassengeschäfts. Die Meldeinhalte sind auf Basis des geprüften Jahresabschlusses gemäß § 4 Abs. 4 SK-MV zu übermitteln.

Zu Z 2 (§ 6a):

Durch § 6a Abs. 2 werden Kreditinstitute, die zur Erbringung von Bankgeschäften gemäß § 1 Abs. 1 Z 13, Z 13a und Z 21 BWG berechtigt sind, vom Anwendungsbereich der JKAB-V ausgenommen. Die für die Beaufsichtigung von Kreditinstituten, welche das Investmentgeschäft oder das Immobilienfondsgeschäft betreiben, erforderlichen Meldeinhalte der JKAB-V sind zukünftig in der Anlage 1 der SK-MV abgebildet. Diese Angaben umfassen bilanzielle Positionen, Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung, sowie sonstige Meldepositionen. Diese Meldeinhalte sind auf Basis des geprüften Jahresabschlusses gemäß § 4 Abs. 4 SK-MV zu übermitteln. Zur Ausnahme von Kreditinstituten, die zur Erbringung des Betrieblichen Vorsorgekassengeschäfts berechtigt sind, siehe zu Z 1.

Zu Z 3 (§ 8 Abs. 9):

Inkrafttretensbestimmung.

Zu Artikel 5 (Änderung der Stammdatenmelldungsverordnung 2016)

Zu Z 1 (§ 2 Abs. 3):

Kreditinstitute, die zur Erbringung von Bankgeschäften gemäß § 1 Abs. 1 Z 13, Z 13a oder Z 21 BWG berechtigt sind, werden vom Anwendungsbereich der Stammdatenmelldungsverordnung 2016 ausgenommen. Im Zuge der Evaluierung dieser Meldeinhalte wurde festgestellt, dass die bestehenden Anzeigeverpflichtungen gemäß § 73 BWG und § 151 InvFG 2011 in Verbindung mit der Aufstellung eines geprüften Jahresabschlusses gemäß § 44 Abs. 1 BWG ausreichend sind.

Zu Z 2 (§ 11 Abs. 4):

Inkrafttretensbestimmung.

Anlage 1

zur Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die von Sonderkreditinstituten der FMA vorzulegenden Meldungen (Sonderkreditinstitute-Meldeverordnung – SK-MV)

Ausweis von Verwaltungsgesellschaften und Kapitalanlagegesellschaften für Immobilien

gemäß § 2 SK-MV

Die gemeldeten Daten wurden vom Wirtschaftsprüfer geprüft	
---	--

Abschnitt A. Bilanzielle Positionen

AKTIVA		
1.	Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken	
	a) hv. Guthaben bei OeNB	
2.	Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind	
3.	Forderungen an Kreditinstitute	
4.	Forderungen an Kunden	
	a) hv. Forderungen an Fonds	
5.	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	
6.	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	
7.	Beteiligungen	
8.	Anteile an verbundenen Unternehmen	
9.	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	
10.	Sachanlagen	
11.	Sonstige Vermögensgegenstände	
12.	Gezeichnetes Kapital, das eingefordert, aber noch nicht eingezahlt ist	
13.	Rechnungsabgrenzungsposten	
14.	Aktive latente Steuern	
SUMME DER AKTIVA		
PASSIVA		
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten/OeNB	
2.	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	
	a) hv. Verbindlichkeiten gegenüber Fonds	
3.	Verbriefte Verbindlichkeiten	
4.	Sonstige Verbindlichkeiten	
5.	Rechnungsabgrenzungsposten	
6.	Rückstellungen	
7.	Ergänzungskapital gemäß Teil 2 Titel 1 Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	
8.	Zusätzliches Kernkapital gemäß Teil 2 Titel 1 Kapitel 3 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	
9.	Gezeichnetes Kapital	
	Kapitalrücklagen	

10	a)	Gebundene Kapitalrücklagen	
	b)	Nicht gebundene Kapitalrücklagen	
		Gewinnrücklagen	
11.	a)	Gesetzliche Rücklage	
	b)	Satzungsmäßige Rücklagen	
	c)	Andere Rücklagen	
12.		Bilanzgewinn/Bilanzverlust	
SUMME DER PASSIVA			

Abschnitt B. Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung

A. Gewinn- und Verlustrechnung			
1.		Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt	
2.		Zinsen und ähnliche Aufwendungen insgesamt	
I.		NETTOZINSERTRAG	
3.		Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen insgesamt	
4.		Provisionserträge	
5.		Provisionsaufwendungen	
6.		Saldo Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften	
7.		Sonstige betriebliche Erträge	
II.		BETRIEBSERTRÄGE (I. + 3. + 4. - 5. +/- 6. + 7.)	
8.		Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	
	a)	hv. Personalaufwand	
	b)	hv. Sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	
9.		Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 9 und 10 (der Bilanz) enthaltenen Vermögensgegenstände	
10.		Sonstige betriebliche Aufwendungen	
III.		BETRIEBSAUFWENDUNGEN (8. + 9. + 10.)	
IV.		BETRIEBSERGEBNIS (II. - III.)	
11.		Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken	
12.		Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und aus Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken	
13.		Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	
14.		Erträge aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet werden, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	
V.		ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT (IV. - 11. + 12. - 13. + 14.)	
15.		Außerordentliches Ergebnis	
16.		Steuern vom Einkommen und Ertrag (+/-)	
17.		Sonstige Steuern	
VI.		JAHRESÜBERSCHUSS (+)/JAHRESFEHLBETRAG (-) (V. +/- 15 - 16. - 17.)	
18.		Rücklagenbewegung	
VII.		JAHRESGEWINN/JAHRESVERLUST	
19.		Gewinn-/Verlustvortrag (+/-)	
VIII.		BILANZGEWINN/BILANZVERLUST	
B. Erwartungswerte für das Jahresende			
1.		Erwartete Betriebserträge	

2.	Erwartete Betriebsaufwendungen	
3.	Erwartetes Betriebsergebnis	

Abschnitt C. Sonstige Meldepositionen

A.	Verwaltungsgesellschaften gemäß § 5 InvFG 2011 iVm § 1 Abs. 1 Z 13 BWG	
1.	Wert der Portfolios der Verwaltungsgesellschaft (gemäß § 6 Abs. 2 Z 5 InvFG 2011 sowie gemäß § 7 Abs. 3 und 4 AIFMG - NAV)	
2.	Wert der Portfolios der Verwaltungsgesellschaft nach-gemäß § 7 Abs. 6 Z 1 AIFMG iVm Art. 14 Abs. 2 Delegierte Verordnung (EU) Nr. 231/2013	
3.	Wert aller Portfolios, die von der Verwaltungsgesellschaft als Fremdfondsmanager verwaltet werden (NAV)	
4.	100% der fixen Gemeinkosten des letzten festgestellten Jahresabschlusses (§ 10 Abs. 5 Z 1 WAG 2018)	
5.	Maximales Eigenmittelerfordernis aus der gesetzlichen Grundlage gemäß § 7 Abs. 1, 3 und 6 Z 1 AIFMG iVm § 6 Abs. 2 Z 5 InvFG 2011	
B.	Kapitalanlagegesellschaften für Immobilien gemäß § 2 Abs. 1 ImmoInvFG iVm § 1 Abs. 1 Z 13a BWG	
1.	Wert der Portfolios der Verwaltungsgesellschaft gemäß § 7 Abs. 3 und 4 AIFMG	
2.	Wert der Portfolios der Verwaltungsgesellschaft nach-gemäß Art. 14 Abs. 2 Delegierte Verordnung (EU) Nr. 231/2013	
3.	100% der fixen Gemeinkosten des letzten festgestellten Jahresabschlusses (§ 10 Abs. 5 Z 1 in-Verbindung-mit Abs. 6 WAG 2018)	
4.	Maximales Eigenmittelerfordernis aus der gesetzlichen Grundlage gemäß § 7 Abs. 1, 3 und 6 Z 1 AIFMG iVm § 5 Abs. 1 Z 5 BWG)	
C.	Eigenmittel	
1.	Eigenmittel (gemäß Verordnung (EU) Nr. 575/2013)	
2.	Kernkapital (Tier 1 capital – T1)	
3.	Hartes Kernkapital (Common Equity Tier 1 capital – CET1)	
4.	Zusätzliches Kernkapital (Additional Tier 1 capital – AT1)	
5.	Ergänzungskapital (Tier 2 capital – T2)	

Kommentiert [RJ1]: Gleichlautende Schreibweise in Anlage 1 und Anlage 2.

Kommentiert [RJ2]: „iVm Abs. 6“ ? Siehe Klammerausdruck in B.3.

Optional kann ein Kommentar zum gemeldeten Attribut angegeben werden.

Anlage 2

zur Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die von Sonderkreditinstituten der FMA vorzulegenden Meldungen (Sonderkreditinstitute-Meldeverordnung – SK-MV)

Ausweis von Betrieblichen Vorsorgekassen

gemäß § 3 SK-MV

Die gemeldeten Daten wurden vom Wirtschaftsprüfer geprüft	
---	--

Abschnitt A. Bilanzielle Positionen

AKTIVA		
A. Anlagevermögen		
1.	Immaterielle Vermögensgegenstände	
2.	Sachanlagen	
3.	Finanzanlagen	
B. Umlaufvermögen		
1.	Vorräte	
2.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	
	a) Forderungen gemäß § 26 Abs. 3 Z 2 BMSVG	
	b) Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	
3.	Wertpapiere und Anteile	
4.	Kassenbestand, Schecks, Guthaben bei Banken	
C. Rechnungsabgrenzungsposten		
D. Aktive latente Steuern		
E. Aktiva der Veranlagungsgemeinschaft		
1.	Guthaben	
2.	Darlehen und Kredite	
3.	Forderungswertpapiere	
4.	Beteiligungswertpapiere	
5.	Anteilscheine von OGAW und AIF	
6.	Forderungen	
7.	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	
8.	Sonstige Aktiva	
PASSIVA		
A. Eigenkapital		
1.	Grundkapital	
2.	Kapitalrücklagen	
	a) Gebundene Kapitalrücklagen	
	b) Nicht gebundene Kapitalrücklagen	
3.	Gewinnrücklagen	
	a) Gesetzliche Rücklage	

	b)	Satzungsmäßige Rücklagen	
	c)	Andere Rücklagen (freie Rücklagen)	
4.		Rücklage für die Erfüllung der Kapitalgarantie	
5.		Rücklage für die Erfüllung der Zinsgarantie	
6.		Bilanzgewinn/Bilanzverlust (+/- Saldo)	
B. Rückstellungen			
1.		Rückstellungen für Abfertigungen	
2.		Rückstellungen für Pensionen	
3.		Steuerrückstellungen	
4.		Sonstige Rückstellungen	
	a)	Kapitalgarantierückstellungen	
	b)	Zinsgarantierückstellungen	
C. Verbindlichkeiten			
1.		Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	
2.		Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	
3.		Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	
4.		Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
5.		Sonstige Verbindlichkeiten	
	a)	aus Steuern	
	b)	im Rahmen der sozialen Sicherheit	
D. Rechnungsabgrenzungsposten			
E. Passiva der Veranlagungsgemeinschaft			
1.		Abfertigungsanwartschaft	
2.		Verbindlichkeiten	
3.		Passive Rechnungsabgrenzungsposten	
4.		Sonstige Passiva	

Abschnitt B. Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung

A. Ergebnis der Veranlagungsgemeinschaft			
1.		Veranlagungserträge	
2.		Garantie	
3.		Beiträge	
4.		Kosten	
5.		Auszahlungen von Abfertigungsleistungen	
6.		Ergebnis der Veranlagungsgemeinschaft (+/- Saldo) (1+2+3-4-5)	
7.		Verwendung des Ergebnisses der Veranlagungsgemeinschaft	
B. Erträge und Aufwendungen der BVK			
1.		Verwaltungskosten	
2.		Betriebsaufwendungen	
	a)	Personalaufwand	
	b)	Abschreibungen auf das Anlagevermögen	

	c)	Sonstige Betriebs-, Verwaltungs- und Vertriebsaufwendungen	
3.		Finanzerträge	
4.		Finanzaufwendungen	
5.		Sonstige Erträge und Aufwendungen (+/- Saldo)	
6.		Ergebnis vor Steuern	
7.		Steuern von Einkommen und vom Ertrag (+/- Saldo)	
8.		Ergebnis nach Steuern	
9.		Sonstige Steuern	
10.		Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (+/- Saldo)	
11.		Veränderungen von Rücklagen (+/- Saldo)	
	a)	Zuweisungen	
	aa)	zu Kapitalrücklagen	
	bb)	zu Gewinnrücklagen	
	cc)	zur Kapitalgarantierrücklage	
	dd)	zur Zinsgarantierrücklage	
	b)	Auflösungen	
	aa)	von Kapitalrücklagen	
	bb)	von Gewinnrücklagen	
	cc)	der Kapitalgarantierrücklage	
	dd)	der Zinsgarantierrücklage	
12.		Jahresgewinn/-verlust	
13.		Gewinn-/Verlustvortrag (+/-)	
14.		Bilanzgewinn/-verlust (+/- Saldo)	
C. Erwartungswerte für das Jahresende			
1.		Erwartete Verwaltungskosten	
2.		Erwartete Betriebsaufwendungen	
3.		Erwartetes Ergebnis vor Steuern	

Abschnitt C. Sonstige Meldepositionen

A.	Fixe Gemeinkosten	
1.	100% der fixen Gemeinkosten des letzten festgestellten Jahresabschlusses (§ 10 Abs. 5 Z 1 in-Verbindung mit Abs. 6 WAG 2018)	
B.	Eigenmittel	
1.	Eigenmittel (gemäß Verordnung (EU) Nr. 575/2013)	
2.	Kernkapital (Tier 1 capital – T1)	
3.	Hartes Kernkapital (Common Equity Tier 1 capital – CET1)	
4.	Zusätzliches Kernkapital (Additional Tier 1 capital – AT1)	
5.	Ergänzungskapital (Tier 2 capital – T2)	
6.	Maximales Eigenmittelerfordernis aus der gesetzlichen Grundlage gemäß § 20 Abs. 1 BMSVG iVm § 3 Abs. 7 lit. a und d BWG	

Kommentiert [RJ1]: Gleichlautende Schreibweise in Anlage 1 und Anlage 2.

Abschnitt D. Sonstige Meldepositionen des betrieblichen Vorsorgekassengeschäfts

A.	Anwartschaften	
1.	Anzahl der Anwartschaftsberechtigten	
2.	Anzahl der Anwartschaftsberechtigten mit Anspruch auf eine Verfügung	
B.	Kapitalgarantie (§ 24 Abs. 1 BMSVG)	
1.	Absicherung der Erfüllung der Kapitalgarantie durch ein Kreditinstitut (§ 20 Abs. 4 BMSVG)	
2.	Kreditinstitut	
3.	Datum, mit welchem die Absicherung durch das Kreditinstitut abläuft	
4.	Gesamtsumme der Anwartschaften, auf die sich die Absicherung durch ein Kreditinstitut bezieht	
5.	Absicherung der Erfüllung der Kapitalgarantie durch Bildung einer Rücklage (§ 20 Abs. 2 BMSVG)	
6.	Gesamtsumme der Anwartschaften, auf die sich die Absicherung durch eine Rücklage bezieht	
7.	Höhe des gesamten garantierten Betrags aus der Kapitalgarantie (§ 24 Abs. 1 BMSVG)	
8.	Anzahl unterdeckter Konten der Kapitalgarantie (§ 24 Abs. 1 BMSVG)	
a)	Anzahl unterdeckter Konten der Kapitalgarantie (§ 24 Abs. 1 BMSVG) der Anwartschaftsberechtigten mit Anspruch auf eine Verfügung	
9.	Kumulierte Unterdeckung der Kapitalgarantie (§ 24 Abs. 1 BMSVG)	
a)	Kumulierte Unterdeckung der Kapitalgarantie (§ 24 Abs. 1 BMSVG) der Anwartschaftsberechtigten mit Anspruch auf eine Verfügung	
10.	Garantieleistung aus der Kapitalgarantie (§ 24 Abs. 1 BMSVG)	
C.	Zinsgarantie (§ 24 Abs. 2 BMSVG)	
1.	Gewährung einer zusätzlichen Zinsgarantie	
2.	Garantiezinssatz (§ 24 Abs. 2 BMSVG)	
3.	Absicherung der Erfüllung der Zinsgarantie durch ein Kreditinstitut (§ 20 Abs. 4 BMSVG)	
4.	Kreditinstitut	
5.	Datum, mit welchem die Absicherung durch das Kreditinstitut abläuft	
6.	Gesamtsumme der Anwartschaften, auf die sich die Absicherung durch ein Kreditinstitut bezieht	
7.	Absicherung der Erfüllung der Zinsgarantie durch Bildung einer zusätzlichen Rücklage (§ 20 Abs. 3 BMSVG)	
8.	Gesamtsumme der Anwartschaften, auf die sich die Absicherung durch eine zusätzliche Rücklage (§ 20 Abs. 3 BMSVG) bezieht	
9.	Höhe des gesamten garantierten Betrags aus der Zinsgarantie (§ 24 Abs. 2 BMSVG)	
10.	Anzahl unterdeckter Konten der Zinsgarantie (§ 24 Abs. 2 BMSVG)	
a)	Anzahl unterdeckter Konten der Zinsgarantie (§ 24 Abs. 2 BMSVG) der Anwartschaftsberechtigten mit Anspruch auf eine Verfügung	
11.	Kumulierte Unterdeckung der Zinsgarantie (§ 24 Abs. 2 BMSVG)	
a)	Kumulierte Unterdeckung der Zinsgarantie (§ 24 Abs. 2 BMSVG) der Anwartschaftsberechtigten mit Anspruch auf eine Verfügung	

12.	Garantieleistung aus der Zinsgarantie (§ 24 Abs. 2 BMSVG)	
13.	Gesamtsumme der Anwartschaften, für die keine Zinsgarantie besteht	
D.	Verfügungsanspruch	
1.	Auszahlung als Kapitalbetrag	
2.	Übertragung an neue BV-Kasse	
3.	Überweisung an Versicherungsunternehmen	
4.	Überweisung an Pensionskasse	

Optional kann ein Kommentar zum gemeldeten Attribut angegeben werden.

Anlage 1

zur Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die Quartalsausweise für Betriebliche Vorsorgekassen
(Betriebliche Vorsorgekassen-Quartalsausweisverordnung – BVQA-V)

Betriebliches Vorsorgekassengeschäft – Angaben zu aggregierten Meldekonzerten
gemäß § 2 Z 1 BVQA-V

Angaben zu aggregierten Meldekonzerten
Optional kann ein Kommentar zum gemeldeten Attribut angegeben werden.

Nr.	Abschnitt A: Anwartschaftsberechtigte	
1.	Anzahl der Anwartschaftsberechtigten der Mitarbeitervorsorge	
2.	Anzahl der Anwartschaftsberechtigten der Selbstständigenvorsorge, die der Pflichtversicherung in der Krankenversicherung nach dem GSVG unterliegen	
3.	Anzahl der Anwartschaftsberechtigten der Selbstständigenvorsorge für freiberuflich Selbständige und Land- und Forstwirte	
4.	Anzahl der beitragspflichtigen Anwartschaftsberechtigten	
5.	Anzahl der beitragsfreien Anwartschaftsberechtigten	
6.	Anzahl der abgeschlossenen Beitrittsverträge	
	Abschnitt B: Veranlagungsgemeinschaft (Direktveranlagungen sowie durchgerechnete indirekte Veranlagungen)	
1.	Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestände (§ 30 Abs. 2 Z 1 BMSVG)	
2.	Derivate auf Fremdwährung, zur Absicherung	
3.	Derivate auf Fremdwährung, nicht zur Absicherung	
4.	Kassenposition aus Derivaten auf Fremdwährung	
5.	Summe Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestände (Summe aus 1-4)	

6.	Summe Darlehen und Kredite, die bei Anwendung der Bestimmung des Art. 400 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 einer Nullgewichtung unterliegen würden (§ 30 Abs. 2 Z 2 BMSVG)	
7.	Forderungswertpapiere, für die kein Tilgungsbetrag geschuldet wird, der um mehr als 2 vH niedriger ist als der Ausgabekurs (§ 30 Abs. 2 Z 3 BMSVG)	
8.	Sonstige Forderungswertpapiere (§ 30 Abs. 2 Z 4 BMSVG)	
9.	Derivate auf Forderungswertpapiere, zur Absicherung	
10.	Derivate auf Forderungswertpapiere, nicht zur Absicherung	
11.	Kassenposition aus Derivaten auf Forderungswertpapiere	
12.	Summe Forderungswertpapiere (Summe aus 7-11)	
13.	Beteiligungswertpapiere (§ 30 Abs. 2 Z 4 BMSVG)	
14.	Derivate auf Beteiligungswertpapiere, zur Absicherung	
15.	Derivate auf Beteiligungswertpapiere, nicht zur Absicherung	
16.	Kassenposition aus Derivaten auf Beteiligungswertpapiere	
17.	Summe Beteiligungswertpapiere (Summe aus 13-16)	
18.	Anteilscheine von Immobilienfonds (§ 30 Abs. 2 Z 6 BMSVG)	
19.	Anteilscheine von in Österreich oder einem anderen Mitgliedstaat zum Vertrieb zugelassenen AIF (§ 30 Abs. 2 Z 7 BMSVG)	
20.	Anteilscheine von sonstigen AIF (§ 30 Abs. 2 Z 8 BMSVG)	
21.	Derivate auf Immobilienfonds und AIF (§ 30 Abs. 2 Z 6 bis 8 BMSVG), zur Absicherung	
22.	Derivate auf Immobilienfonds und AIF (§ 30 Abs. 2 Z 6 bis 8 BMSVG), nicht zur Absicherung	
23.	Kassenposition aus Derivaten auf Immobilienfonds und AIF (§ 30 Abs. 2 Z 6 bis 8 BMSVG)	
24.	Summe Immobilienfonds und AIF (§ 30 Abs. 2 Z 6 bis 8 BMSVG) (Summe aus 18-23)	
25.	Sonstige Forderungen/Verbindlichkeiten aus dem Ankauf von Vermögenswerten	
26.	Summe des der Veranlagungsgemeinschaft zugeordneten Vermögens	
27.	Sonstige Aktiva der Veranlagungsgemeinschaft	
28.	Summe der Aktiva der Veranlagungsgemeinschaft	

Abschnitt C: Sonstige Positionen		
1.	Summe der Werte derivativer Produkte gemäß § 73 InvFG 2011, die nicht zur Absicherung von Kursrisiken erworben wurden, bei Veranlagungen in Anteilscheinen von Investmentfonds (§ 30 Abs. 3 Z 4 lit. c BMSVG)	
2.	Summe der Werte der Anteile an Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA) gemäß § 71 Abs. 2 InvFG 2011, bei Veranlagungen in Anteilscheinen von Investmentfonds (§ 30 Abs. 3 Z 4 lit. d BMSVG)	
3.	Summe der Werte der Veranlagungen gemäß § 166 Abs. 1 Z 3 InvFG 2011, bei Veranlagungen in Anteilscheinen von Investmentfonds (§ 30 Abs. 3 Z 4 lit. e BMSVG)	
4.	Summe der Veranlagungen in Wertpapiere gemäß § 30 Abs. 3 Z 3 BMSVG	
5.	Summe der Veranlagungen in nicht voll eingezahlte Aktien und Bezugsrechte auf solche, wenn in Veranlagungsbestimmungen ausdrücklich für zulässig erklärt (§ 30 Abs. 3 Z 8 lit. f BMSVG)	
6.	Summe der Veranlagungen in auf ausländische Währung lautenden Vermögenswerten gemäß § 30 Abs. 2 Z 1 bis 5 BMSVG (§ 30 Abs. 3 Z 6 erster Halbsatz BMSVG)	
7.	Summe der Veranlagungen in auf ausländische Währung lautenden sonstigen Forderungswertpapieren sowie Beteiligungswertpapieren im Sinne von § 30 Abs. 2 Z 4 BMSVG (§ 30 Abs. 3 Z 6 zweiter Halbsatz BMSVG)	
8.	Summe der gemäß § 31 Abs. 1 Z 3a BMSVG bewerteten Schuldverschreibungen gemäß § 31 Abs. 1 Z 3a lit. -a BMSVG (Wert gemäß § 31 Abs. 1 Z 3 BMSVG)	
9.	Summe der gemäß § 31 Abs. 1 Z 3a BMSVG bewerteten Schuldverschreibungen gemäß § 31 Abs. 1 Z 3a lit. a BMSVG (Wert gemäß § 31 Abs. 1 Z 3a BMSVG)	
10.	Summe der gemäß § 31 Abs. 1 Z 3a BMSVG bewerteten Schuldverschreibungen gemäß § 31 Abs. 1 Z 3a lit. b BMSVG (Wert gemäß § 31 Abs. 1 Z 3 BMSVG)	
11.	Summe der gemäß § 31 Abs. 1 Z 3a BMSVG bewerteten Schuldverschreibungen gemäß § 31 Abs. 1 Z 3a lit. b BMSVG (Wert gemäß § 31 Abs. 1 Z 3a BMSVG)	
12.	Summe der gemäß § 31 Abs. 1 Z 3a BMSVG bewerteten investment grade corporate bonds gemäß § 31 Abs. 1 Z 3a lit. c BMSVG (Wert gemäß § 31 Abs. 1 Z 3 BMSVG)	
13.	Summe der gemäß § 31 Abs. 1 Z 3a BMSVG bewerteten investment grade corporate bonds gemäß § 31 Abs. 1 Z 3a lit. c BMSVG (Wert gemäß § 31 Abs. 1 Z 3a BMSVG)	
14.	Summe der stillen Lasten/stillen Reserven (Wert gemäß § 31 Abs. 1 Z 3 BMSVG – Wert gemäß § 31 Abs. 1 Z 3a BMSVG)	
15.	Summe der direkten Veranlagungen (§ 30 Abs. 2 Z 1 bis 4 und 6 bis 8 BMSVG)	
16.	Summe der indirekten Veranlagungen (§ 30 Abs. 2 Z 5 und 5a BMSVG)	

Kommentiert [RJ1]: „und 3“ ? Siehe Wortlaut in § 30 Abs. 3 Z 4 lit. d BMSVG.

**zur Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die Quartalsausweise für Betriebliche Vorsorgekassen
(Betriebliche Vorsorgekassen-Quartalsausweisverordnung – BVQA-V)**

**Betriebliches Vorsorgekassengeschäft – Angaben zu Einzelwertpapieren
gemäß § 2 Z 2 BVQA-V**

Angaben zu durchgerechneten Einzelwertpositionen

Optional kann ein Kommentar zum gemeldeten Attribut angegeben werden.

1. Abschnitt: Direktbestand

Asset ID Code			Bezeichnung Vermögenswert	Vermögenswert-kategorie	Wertpapier-beschränkung	Emittent/-Aussteller			
ISIN	Other	Type of Code				Name	LEI	Land	Sektor

1. Abschnitt: Direktbestand

Garantiegeber		Kreditinstitutsgruppe/Kapitalanlagegesellschaft/AIFM			Stammaktie	Nicht voll eingezahlte Aktie und Bezugsrecht	HTM
Name	LEI	Name	LEI	Land			

1. Abschnitt: Direktbestand

Währung	Nominale/ Stückzahl	Marktkurs	Devisenkurs	Marktwert	HTM-Wert	Stille Lasten/ stille Reserven	Grundkapital/ Gesamtemissionsvolumen

2. Abschnitt: Sub-Bestand								
Asset ID Code Sub-Bestand			Bezeichnung Vermögenswert	Vermögenswert- kategorie	Wertpapier- beschränkung	Emittent-/Aussteller		
ISIN	Other	Type of Code				Name	LEI	Land

2. Abschnitt: Sub-Bestand							
Garantiegeber		Kreditinstitutsgruppe/Kapitalanlagegesellschaft/AIFM			Stammaktie	Nicht voll eingezahlte Aktie und Bezugsrecht	HTM
Name	LEI	Name	LEI	Land			

2. Abschnitt: Sub-Bestand					
Währung	Nominale/ Stückzahl	Marktwert	HTM-Wert	Stille Lasten/ stille Reserven	Grundkapital/ Gesamtemissionsvolumen

zur Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die Quartalsausweise für Betriebliche Vorsorgekassen
(Betriebliche Vorsorgekassen-Quartalsausweisverordnung – BVQA-V)

Betriebliches Vorsorgekassengeschäft – Angaben zu durchgerechneten Anteilscheinen von Investmentfonds gemäß § 30 Abs. 2 Z 5 **bzw.-oder**
Alternativen Investmentfonds gemäß **§ 30 Abs. 2 Z 5a** BMSVG

gemäß § 2 Z 3 BVQA-V

Angaben zu durchgerechneten Anteilscheinen von Investmentfonds gemäß § 30 Abs. 2 Z 5 **bzw.-oder Alternativen Investmentfonds gemäß **§ 30 Abs. 2 Z 5a** BMSVG zur Überprüfung der Voraussetzungen gemäß § 30 Abs. 3 Z 4 BMSVG**

Optional kann ein Kommentar zum gemeldeten Attribut angegeben werden.

Subfonds			Kapitalanlagegesellschaft/AIFM			Fonds	
ISIN	Bezeichnung	Marktwert	Name	LEI	Land	ISIN	Bezeichnung